Von: Lenkenhoff, Thomas [mailto:tlenkenhoff@fup.nrw]

Gesendet: Mittwoch, 12. Oktober 2016 14:56

An: Hein, Rainer

Betreff: AW: "Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren" der Stadt Billerbeck mit dem Abwasserbetrieb

Guten Tag Herr Hein,

die Kommunalaufsicht ist zunächst davon ausgegangen, dass sich die Ausschüttung des Gewinnvortrags (nicht Gewinnrücklagen) vom Abwasserwerk an die Stadt für die Stadt zur Verbesserung der Haushaltslage (Haushaltsausgleich; Schonung der Ausgleichsrücklage/Allgemeinen Rücklage) führt. Dies ist bis zu einer Höhe von ca. 1,1 Mio € der Fall, da der restliche Gewinnvortrag bereits bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt (NKF) im Beteiligungsansatz erfasst wurde.

Sofern die Stadt / Betriebsausschuss mit dem Beschluss über die Gewinnausschüttung „verbindlich“ erklärt, dass der Betrag sofort wieder als Kapitalrücklage – ohne Geldbewegung – zur Verfügung gestellt wird und damit auch keine zeitliche Differenz verbleibt, in der ggf. laufende Ausgaben oder Investitionen kreditfinanziert werden müssten, entsteht für das Abwasserwerk kein unmittelbarer Nachteil. Die GPA – insbesondere – sorgt sich in den Fällen, in denen Gewinne oder Gewinnvorträge ausgeschüttet werden, die nicht zuvor als Eigenkapitalverzinsung verdient worden sind, dass das Eigenkapital in Summe verringert wird und neue Ausgaben (laufende oder Investitionen) durch Kredite finanziert werden müssen, die letztlich zu Gebührenerhöhungen führen müssen und im Extremfall auch zur Instabilität der Einrichtung führen, sofern die Eigenkapitalziffer eine kritische Marke unterschreitet. Diese Gefahr ist bei Erfüllung der obigen Voraussetzungen unmittelbar nicht gegeben.

Letztendlich werden aber durch die Gewinnausschüttung mittelbar auch die Auflösungsbeträge aus den Sonderposten an die Stadt abgeführt, die als Drittmittel vom Gebührenzahler zur Verfügung gestellt wurden und eigentlich für Ersatzinvestitionen zur Verfügung stehen sollten. In der Eigenbetriebsverordnung oder dem NKF existiert aber keine Vorschrift für die Einschränkung der Gewinnabführung dahingehend, dass die Beträge aus der Auflösung von Sonderposten zwingend dem Abwasserbetrieb zuweist. Dies ist maximal betriebswirtschaftlich einzufordern, ohne dass dazu eine rechtliche Handhabe gegeben ist.

Im Ergebnis verfestigt sich durch die Überführung von „Drittmitteln“ in Eigenkapital aber die Basis für die spätere, mögliche Einführung einer Eigenkapitalverzinsung in die Gebührenkalkulation, die sich in einem bestimmten %-Satz vom Eigenkapital (ggf. Kernkapital aus Stammkapital und Kapitalrücklage)

oder in einem bestimmten %-Satz vom gebundenen Anlagevermögen (Buchwert Anlagevermögen 1.1.d.J abzgl. Buchwert Sonderposten 1.1.d.J) abzgl. tatsächliche Fremdkapitalzinsen berechnet.

Sofern die Eigenkapitalausstattung weiter bei den jetzigen Verhältnissen „eingefroren“ wird, wird die GPA wohl der vorgesehenen Verfahrensweise nicht widersprechen, da sich am Bestand des Abwasserwerks nichts ändert. Kritisch wird sie ggf. die Umwandlung der Sonderpostenauf Lösungsbeträge in Eigenkapital sehen, da dadurch der Anreiz für die Stadt Billerbeck stärker werden könnte, doch an der Eigenkapitalausstattung etwas zulasten des Abwasserwerks zu ändern. Im Kern wird sie jedoch weiterhin darauf dringen, eine Eigenkapitalverzinsung zum Gebührenbestandteil zu machen, weil dieser Betrag die echte Verzinsung für die Überlassung von Mitteln an das Abwasserwerk zur Bildung von Eigenkapital darstellt.

Der Beschluss einer Vorabausschüttung vor Feststellung des Jahresabschlusses sollte auf jeden Fall abgewehrt werden, da zu hohe Gewinnabführungen wohl tendenziell nicht zur Wiedereinlage des zuviel gezahlten Betrages führen werden. Zukünftig ggf. entstehende Verluste sind bei Vollabführung der Gewinne (Umwandlung in Kapitalrücklagen) im Jahresabschluss nicht mehr intern ausgleichbar, sondern führen tatsächlich zu Verlustvorträgen, die die Gewinnabführung des nächsten Jahres schmälern.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Vor Weiterleitung der Stellungnahme an die Stadt bitten um einen kurzen Rückruf.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Lenkenhoff

Steuerberater Wirtschaftsprüfer

FP Freckmann & Partner GbR

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte, Notare

Dülmener Straße 92

48653 Coesfeld

Tel.: 02541/915-410

Fax: 02541/915-100

e-mail: tlenkenhoff@fp-freckmann.de <<mailto:tlenkenhoff@fp-freckmann.de>>